Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

12.10.1994 - Beschlußprotokoll 61. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
61. Sitzung
12. 10. 94
Nr. 13/857 — 13/868

Nr. 13/857

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wirtschaftskammergesetzes
   Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
   vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/661)

   D a z u

   Ergebnis der Anhörung und Beratung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Wirtschaftskammergesetzes
   Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1994
   (Drucksache 13/939)

2. Abkehr von der Orientierungsstufe
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 19. Juli 1994
   (Drucksache 13/957)

3. Mädchenarbeit im Jugendhilfebereich
   Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
   vom 13. September 1994
   (Drucksache 13/986)

Nr. 13/858

Verhinderung von Investitionen expansionswilliger Unternehmen durch den Senat

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 1994
(Drucksache 13/1002)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/859

Fragestunde

1. Kürzung der Leistungen für Arbeitslosenhilfebezieher durch die Bundesregierung
   Anfrage der Abgeordneten Elke Steinhöfel, Kunick, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 20. September 1994

2. Fortfall der niedersächsischen Mitfinanzierung der Gemeinsamen Landesplanung
   Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 20. September 1994

3. Gleichbehandlung Bremerhavens im Schulwesen mit der Stadtgemeinde Bremen
   Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 26. September 1994

4. Stillegung von Paternostern
   Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Kudella und Fraktion der CDU vom 29. September 1994

5. Verlauf der Konversionsbemühungen in Bremen
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 29. September 1994

6. Lärmmessungen in Weddewarden
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 29. September 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Finanzmittel für die AWO und den ASB
   Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. September 1994

Die Anfrage wird zurückgezogen.

8. Gebührenordnung für Rettungswagen
   Anfrage der Abgeordneten Bergen, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. September 1994

9. Institut für Umweltschutz und Seeverkehr
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 4. Oktober 1994

10. Anspruch auf Freistellung und Krankengeld zur Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege eines erkrankten Kindes von Beamtinnen und Beamten, deren Bezüge die Jahresentgeltgrenze nicht überschreiten
    Anfrage der Abgeordneten Jutta Kellmann-Hoppensack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 4. Oktober 1994

11. Landesdrogenbeauftragter
    Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Kudella und Fraktion der CDU vom 4. Oktober 1994

12. Straffung der Behördenstruktur in der Bildungsverwaltung
    Anfrage der Abgeordneten Annelene von Schönfeldt, Welke und Fraktion der FDP vom 5. Oktober 1994

13. Reform der gymnasialen Oberstufe
    Anfrage der Abgeordneten Bürger, Kudella und Fraktion der CDU vom 6. Oktober 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 13/860

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag des Abgeordneten Weidenbach und Gruppe der DVU:

   „Linksextremistische Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Feiern zum Tag der deutschen Einheit im Bundesland Bremen als Folge unzulänglicher Sicherheitskonzepte der Polizeiführung durch politisches Versagen des Senats".

2. Auf Antrag des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU:

   „Politischer Schaden für Bremen durch gewalttätige Krawalle anläßlich der Einheitsfeier".

Nr. 13/861

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 1994
(Neufassung der Drs. 13/976 vom 30. 08. 94)
(Drucksache 13/982)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Gesetzesantrag in erster Lesung ab.

Nr. 13/862

Zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltssicherung
Rangfolge der Investitionen im Hochbau, Tiefbau und Gartenbau
Mitteilung des Senats vom 6. September 1994
(Drucksache 13/983)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/863

Verbesserung der Petitionsverfahren
(Gesetz zur Änderung des Petitionsgesetzes)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. September 1994
(Drucksache 13/990)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Petitionsausschuß.

Nr. 13/864

Europaweites Verbot der Bestrahlung von Lebensmitteln
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 21. September 1994
(Drucksache 13/994)

Die Bestrahlung von Lebensmitteln zum Zwecke der Haltbarmachung und Entkeimung ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1959 gesetzlich untersagt. Da das Verfahren von anderen EU-Mitgliedstaaten jedoch kommerziell angewandt wird, soll im Zuge des EU-Binnenmarktes eine gemeinsame Zulassungspraxis gefunden werden. Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UN-Landwirtschaftsorganisationen (FAO) sowie die internationale Atomenergiebehörde (IAEA) halten die Bestrahlung für geeignet auch als wirksame Prävention gegen Salmonellen.

Aus der Sicht einer präventiven Gesundheitspolitik und auch Hygienegründen ist die Bestrahlung abzulehnen. Der Einsatz der Bestrahlung ändert nichts an ungeeigneten Produktionsbedingungen, und dem Problem der Salmonellenbelastung muß bei den Ursachen begegnet werden, wenn nicht primär wirtschaftliche, sondern gesundheitliche Maßstäbe Geltung haben sollen.

Für eine Ablehnung spricht ebenfalls, daß diese hochtechnisierten Verfahren einem zunehmenden Verbraucherinteresse nach möglichst frischen und naturbelassenen Lebensmitteln entgegenstehen. Dies um so mehr, als mit der Verwendung radioaktiver Strahlenquellen zusätzliche Gefährdungen und Belastungen der Umwelt verbunden sind.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, damit diese sich bei der EU-Kommission dafür einsetzt, die Bestrahlung von Lebensmitteln europaweit zu verbieten.

2. Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, die Forschung von Alternativmethoden zur Entkeimung von Lebensmitteln zu fördern.

3. Für den Fall, daß ein Verbot auf EU-Ebene nicht durchgesetzt werden kann, fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Bundesrat, den Bundestag und die Europäische Union auf, bestrahlte Lebensmittel klar und deutlich zu kennzeichnen. Es wird ebenfalls eine Kennzeichnung bestrahlter Zutaten ohne untere Grenze für eine Kennzeichnungsfreiheit gefordert, da die Kennzeichnung von bestrahlten Lebensmitteln der 1. Generation allein nicht ausreichend ist. Zusätzlich ist in einer Gemeinschaftsregelung die Bestrahlung von Grundnahrungsmitteln auszuschließen und sind die Bestrahlungsbedingungen einschließlich eines effektiven Kontrollsystems festzulegen. Dem Bundesrat ist über das Ergebnis der Verhandlungen vor einer endgültigen Zustimmung zu berichten.

Nr. 13/865

Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern auch in der Kinderbetreuung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. September 1994
(Drucksache 13/995)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/866

Abwehr verfassungsfeindlicher, linksextremistischer „Volksfront"-Bestrebungen

Antrag der Gruppe der DVU
vom 22. September 1994
(Drucksache 13/997)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/867

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44
vom 29. September 1994

(Drucksache 13/1004)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/868

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gleichberechtigung für Deutschland / Gegen antideutsche Propaganda
   Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
   vom 22. September 1994
   (Drucksache 13/998)

2. Geordneter und sicherer Strafvollzug
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 28. September 1994
   (Drucksache 13/1003)

Druck: Hans Krohn, Bremen